

Umweltungerechtigkeit als Handlungskontext Sozialer Arbeit

Laura Maren Harter

Natur und Soziale Arbeit? Wo ist da
der Zusammenhang?
Sollen wir uns nun auch noch darum
kümmern?

Diese Fragen werden häufig gestellt, wenn Personen aus Profession und Disziplin Sozialer Arbeit zum ersten Mal aufgefordert sind, den Zusammenhang zwischen Natur und dem Fachgebiet Sozialer Arbeit zu reflektieren. Herausforderungen aufgrund von fehlendem Fachpersonal, ein großes und weiter wachsendes Aufgabengebiet sowie steigende Belastungen im Berufsalltag, sind relevante Themen für die Fachkräfte Sozialer Arbeit. Die Klimakrise als massive Bedrohung einer intakten Natur und deren Auswirkungen werden hingegen selten als bestimmende Themen im Alltag der Sozialen Arbeit genannt. Doch die Folgen der Klimakrise werden immer deutlicher spürbar und somit rücken auch Fragen in Bezug auf Klima und Natur in der Profession Sozialer Arbeit näher.

Der folgende Beitrag erläutert, weshalb es für die Soziale Arbeit unumgänglich ist, sich mit ökologischen Fragestellungen auseinanderzusetzen, Wissensbestände, Methoden und Techniken Sozialer Arbeit kritisch zu reflektieren und endet mit einem Plädoyer für die Etablierung einer ökologisch-reflexiven Sozialen Arbeit.

1 Zum Verhältnis ökologischer und sozialer Herausforderungen

»Die Soziale Arbeit hat als Profession und Disziplin das Ziel durch ihr Handeln soziale Gerechtigkeit und die Umsetzung der Menschenrechte zu fördern. Die Folgen der Klimakrise und der Zerstörung von Ökosystemen sind zutiefst verknüpft mit sozialen Ungleichheiten: So sind Menschen, die über wenig Ressourcen verfügen und kaum Verantwortung für das Entstehen dieser Krisen tragen, besonders stark von ihren Auswirkungen betroffen. Zudem sind ihre Erfahrungen und Perspektiven an den Stellen unterrepräsentiert, an denen Transformation politisch durchgesetzt werden kann. Besonders betroffen sind Menschen in Ländern im Globalen Süden, junge und alte Menschen, Menschen in Armutslagen ebenso wie Menschen, die rassistische, sexistische, ableistische u.a. Diskriminierungen erfahren. Die Frage nach ökologischer Gerechtigkeit ist zutiefst verwoben mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und damit ist es die Aufgabe der Sozialen Arbeit, sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen.« (DGSA Fachgruppe Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit)

Dieses Zitat, welches aus der Solidaritätserklärung der Fachgruppe »Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation« der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit mit den Aktivist*innen der »Letzen Generation« stammt, fasst den Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und der Klimakrise prägnant zusammen.¹

Auch anhand der internationalen Definition Sozialer Arbeit wird die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Interdependenzen zwischen Menschheit und natürlichen Faktoren ersichtlich. Denn »Soziale Arbeit legitimiert und begründet sich dadurch, dass sie dort eingreift, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Interaktion treten. Die Umwelt umfasst die

1 Hierbei ist zu beachten, dass dieses Zitat nicht die Meinung der Aktivist*innen-Gruppe »die Letzte Generation« widerspiegelt, sondern vielmehr eine Erklärung der Fachgruppe »Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation« der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit ist.

verschiedenen sozialen Systeme, in denen die Menschen leben, sowie die natürliche, geographische Umwelt, die starken Einfluss auf das Leben der Menschen hat.« (DBSH 2014: 4)

Zudem wird in diesem Dokument auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Gewährleistung der Menschenrechte nur dann erfolgen kann, wenn die Menschheit sich für den Erhalt einer intakten Lebensumwelt einsetzt und Verantwortung für deren Fortbestand bzw. Wiedergewinnung übernimmt (vgl. DBSH 2014: 2). Neben den Menschenrechten verweist die internationale Definition aber auch auf den Faktor der sozialen Gerechtigkeit. Soziale Arbeit ist mit einem Übermaß an Problemen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit konfrontiert.

Soziale Arbeit muss folglich die bestmögliche Umsetzung der Menschenrechte adressieren und sich gegen soziale Ungerechtigkeit einsetzen. Da die Umsetzung der Menschenrechte und die Utopie sozialer Gerechtigkeit an den Erhalt einer intakten Umwelt geknüpft sind, muss sich auch die Soziale Arbeit dafür einsetzen, die Auswirkungen der Klimakrise zu reduzieren. Dies wird im Folgenden anhand der drei Perspektiven Umweltungerechtigkeit, Gesundheit und Krankheit, sowie globale Verantwortung verdeutlicht. Diese Perspektiven wurden ausgewählt, da sie für die Auseinandersetzung Sozialer Arbeit mit ökologischen Aspekten unerlässlich sind und sich Soziale Arbeit im europäischen Kontext in Zukunft vermehrt aufgrund der zunehmenden Klimaveränderungen mit diesen Perspektiven auseinandersetzen muss. Daher sind diese für eine fundierte und breit aufgestellte ökologisch-reflexive Soziale Arbeit wesentlich.

2 Perspektive Umweltungerechtigkeit

Der Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und ökologischen Aspekten wird besonders unter der Beachtung des Themas der Umweltgerechtigkeit deutlich. Der Begriff Umweltgerechtigkeit ist dabei als normatives Leitbild zu betrachten, welches die gerechte Verteilung von Umweltressourcen sowie Umweltbelastungen anstrebt (vgl. Bolte et al. 2012: 23; vgl. Maschewsky 2004b: 7).

Der Umweltgerechtigkeitsbegriff geht auf die US-amerikanische Environmental-Justice-Bewegung zurück, welche den Zusammenhang zwischen Umweltaspekten und sozialer Gerechtigkeit seit den 1980er Jahren fokussiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die unterschiedlich gearteten Umweltfaktoren, welche verschiedene soziale und ethnische Gruppen sowie Regionen betreffen und Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Der Begriff gewinnt auch im globalen Kontext zunehmend an Bedeutung. So waren der Zusammenhang zwischen Umweltgerechtigkeit und sozialer Lage beispielsweise Thema der WHO-Konferenz 2010 (vgl. World Health Organization 2021). Umweltgerechtigkeit meint dabei nicht die Gerechtigkeit gegenüber der Natur, sondern Gerechtigkeit für Menschen in Bezug auf Umweltfaktoren (vgl. Maschewsky 2008: 200).

Der Begriff Umweltgerechtigkeit muss als normatives Leitbild verstanden werden, welches deskriptiv einen gewünschten, nicht vorherrschenden Zustand aufzeigt und somit einen Handlungsbedarf impliziert (vgl. Bolte et al. 2012: 23). Im thematischen Kontext von Umweltgerechtigkeit werden beispielsweise soziale und räumliche Unterschiede bei Umweltbelastungen, die Ursachen dieser Differenzen, deren potenzielle Auswirkungen auf den Menschen sowie Handlungsoptionen zur Verminderung oder Förderung von Umwelteinflüssen thematisiert. Im Zentrum von Umweltgerechtigkeit steht die Verteilung belastender oder förderlicher Umwelteinflüsse auf bestimmte Regionen oder Personengruppen (2004b: 5; vgl. Maschewsky 2008: 200; United Nations 1987).

Menschen befinden sich abhängig von ihrem sozioökonomischen Status in verschiedenartigen Verhältnissen zu Natur und Umwelt (vgl. Kirchhoff 2019: 43f). In Deutschland sind besonders die Menschen von Umweltungerechtigkeit betroffen, welche zudem ökonomisch, politisch, sozial und/oder beruflich prekariisiert sind (vgl. Maschewsky 2004a: 9; vgl. Voigt 2012: 8ff). Zu den Risikogruppen für erhöhte Umweltgerechtigkeit zählen sowohl Kinder als auch ältere Menschen, Haushalte mit niedrigem Bildungsniveau, Personen ohne Arbeit und Menschen mit Migrationshintergrund. Personen, die unter ungünstigen sozioökonomischen Bedingungen leben, können doppelt so stark

unter multiplen und kumulativen Umweltbelastungen leiden, wie wohlhabendere Personengruppen in direkter Nähe. Zudem sind die zuvor genannten Personengruppen besonders häufig erhöhten Umweltbelastungen ausgesetzt. (vgl. World Health Organization 2010)

Die divergierende Luftqualität kann als Indiz genommen werden, um die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen zu verdeutlichen. Demnach ist in vielen Industriestaaten eine Kumulation von hoher Luftverschmutzung und dort lebenden Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status festzustellen (vgl. Deguen/Zmirou-Navier 2010: 5). Darüber hinaus haben Menschen mit geringem sozioökonomischen Status weniger Zugang zu Umweltressourcen, wie öffentlichen Grünflächen (vgl. Frohn et al. 2020: 25).

Zusätzlich wird aus verschiedenen Studien deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen Naturnähe zum Wohnort und der Zufriedenheit der Bürger*innen besteht. Wohnortnahe Grünanlagen fördern die Bewegung, sodass eine Korrelation zwischen Naturnähe und Vitalität zu beobachten ist (vgl. Björk et al. 2008: 1). Grünflächen dienen ebenso der Erholung und Entwicklungsmöglichkeit von Kindern, weshalb junge Menschen besonders unter fehlendem Zugang zu naturnahen Orten leiden (vgl. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe 2020: 2f.). Eine WHO-Studie kommt für Deutschland zu dem Schluss, dass das Aktivitätsniveau von Kindern mit deren sozioökonomischem Status korreliert und das Gesundheitsniveau mit sinkendem ökonomischem Kapital abnimmt (vgl. Ottova et al. 2010: 207).

3 Perspektive Gesundheit und Krankheit

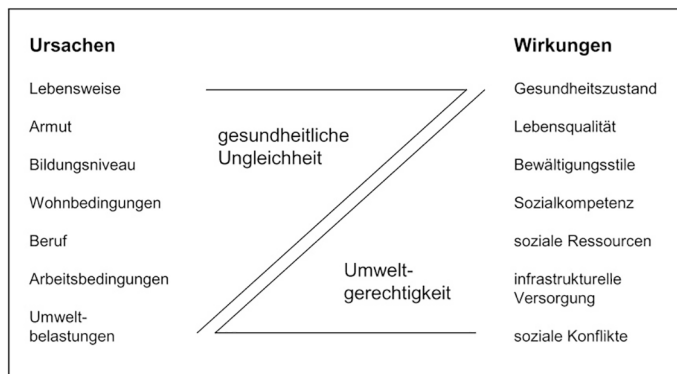
Umweltgerechtigkeit steht in enger Verbindung zur Public-Health-Bewegung, die die Ursachen und Folgen von Umweltbelastungen und positiven Umweltfaktoren, welche je nach Sozialraum unterschiedlich und häufig diskriminierend verteilt sind, untersucht. Umweltgerechtigkeit kann als analytische Vertiefung im Bereich der umweltbezogenen Public-Health-Debatte verstanden werden. Der Zusammenhang lässt sich

besonders vor dem Hintergrund erklären, dass mangelnde Umweltgerechtigkeit mit gesundheitlicher Ungleichheit korreliert.

Der Zusammenhang zwischen Umweltungerechtigkeit, Armut und Krankheit ist in der Thematisierung gerechter Verteilungen von Umweltressourcen unerlässlich, da eine Korrelation dieser Merkmale vorliegt (vgl. Bolte et al. 2012). Global lässt sich feststellen, dass eine ungleiche Verteilung von Umweltaspekten mit sozialen Merkmalen, wie Einkommen, dem sozialen Status, Beschäftigungsverhältnissen und Bildungsabschlüssen, aber auch Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund einhergeht. Die Belastung unterschiedlicher Personengruppen mit Umweltrisiken ist sehr unterschiedlich verteilt (vgl. World Health Organization 2010: 5). Kinder sind in besonderer Weise von Umweltungerechtigkeit betroffen, da sie aufgrund biologischer Reifeprozesse vulnerabler gegenüber Umweltrisiken sind als Erwachsene (vgl. Deguen/Zmirou-Navier 2010: 15f.).

Für die Differenzierung zwischen gesundheitlicher Ungleichheit und Umweltungerechtigkeit eignet sich die Darstellung von Maschewsky (2004b: 16) in Abbildung 1. Demnach wirken sich verschiedene Parameter auf den Gesundheitszustand eines Individuums aus, wodurch gesundheitliche Ungleichheit entsteht. Diese Ungleichheit resultiert aus den verschiedenartigen Lebenslagen, in welchen Menschen sich befinden können. Darunter fallen die Lebensweise, finanzielle Ressourcen, das Bildungsniveau, die Wohnbedingungen, berufliche Faktoren und auch Umweltbelastungen. Die Umweltbelastungen, welche nur einen Parameter für den Gesundheitszustand darstellen, haben aber weitreichende Auswirkungen im Bereich der Umweltungerechtigkeit. So beeinflussen Umwelteinflüsse auch die allgemeine Lebensqualität, Bewältigungs- und Sozialkompetenzen, soziale Ressourcen und infrastrukturelle Anbindung. Gesundheitliche Ungleichheit hat also neben Umweltbelastungen auch viele andere Einflussfaktoren, gleichzeitig haben Umweltfaktoren nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit, sondern auch bspw. auf soziale Gefüge.

Abb. 1: Schaubild gesundheitliche Ungleichheit und Umweltgerechtigkeit.



Quelle: Maschewsky2004b, S. 16.

Menschen in prekären ökonomischen Lagen sind häufig mehr negativen Umwelteinflüssen ausgesetzt und haben weniger Zugang zu positiven Umweltfaktoren.

Beispiele:

Weniger wohlhabende Personengruppen leben statistisch gesehen häufiger in Wohnungen mit schlechter Bausubstanz und erleben häufiger hohe Umweltbelastungen im häuslichen Umfeld als besser verdienende Personen. Ungleichheiten zwischen verschiedenen sozioökonomischen Status wurden sowohl für Umweltrisiken innerhalb der Wohnung wie beispielsweise Verschmutzung, Lärm, Temperaturprobleme und sanitäre Anlagen, als auch für das Wohnumfeld (Mangel an städtischen Einrichtungen und öffentlicher Sicherheit, Nähe zu Verschmutzungsstandorten oder verschmutzten Gebieten, Exposition gegenüber verkehrsbedingter Verschmutzung) festgestellt. Die Wohnverhältnisse können als grundlegender Faktor für Gesundheit und Wohlbefinden der Personen geltend gemacht werden. Als wichtigste Ursache für Ungleichheit in Bezug auf Wohnqualität lässt sich der sozioökonomische Status anführen (vgl. Fairburn/Braubach 2010: 33).

Ein weiteres Beispiel für den Zusammenhang von ökonomischer Positionierung, Gesundheitsrisiken und Umweltfaktoren ist der Blick auf Beschäftigungsverhältnisse. Die höchste Exposition mit negativen Umweltfaktoren haben Studien zufolge die Personen, mit den am wenigsten qualifizierten Berufen. Dabei sind besonders die Exposition mit physikalischen, chemischen und mikrobiologischen Toxinen sowie die mangelnde Autonomie der Arbeitnehmer, welche zu psychosozialen Stress führt, gesundheitsbelastend. Hierbei ist zu beachten, dass Bildung, Einkommen, Einwanderung, ethnische Zugehörigkeit und Geschlecht einen Einfluss darauf haben, welche Bevölkerungsgruppen gering qualifizierte Berufe ausüben und welchen Umweltrisiken sie somit vermehrt ausgesetzt sind. In der Konsequenz ist zu beobachten, dass die erhöhte Mortalitätsrate mit einem niedrigen Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer*innen einhergeht (vgl. Brenner 2010: 106).

4 Perspektive globale Verantwortung

Es lässt sich feststellen, dass die Thematisierung von Umweltgerechtigkeitsfragen global in unterschiedlicher Intensität und Ausgestaltung geführt wird. Während die soziale Ungleichheit im Bereich der Umweltrisiken in den USA eine soziale Bewegung ausgelöst hat, hielt die Thematik in Deutschland lediglich auf wissenschaftlich-theoretischer Ebene Einzug. Dies lässt sich nach einer Analyse von Maschewsky (2004b: 17) unter anderem auf Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur zurückführen. Im Gegensatz zu den USA herrscht in Deutschland eine geringe sozialräumliche Entmischung der Bevölkerung und eine weniger ausgeprägte Wohnsegregation. Gleichwohl lassen sich auch in Deutschland massive Gentrifizierungstendenzen feststellen, im internationalen Vergleich sind diese jedoch weniger stark auffällig. Auch die starke räumliche Integration von Wohn- und Arbeitsorten sowie die stärker ausgebaute Planung von Stadt- und Regionalentwicklungen führen zu einer geringer charakteristischen Ungleichverteilung von Umweltbelastungen. Des Weiteren führt die in Deutschland weniger ausgeprägte Quote von äußerlich leicht identifizierbaren Perso-

nengruppen (wie BIPOC), zu einer weniger öffentlichkeitsrelevanten Wahrnehmung von gruppenspezifischer Benachteiligung in Bezug auf Umweltaspekte, während in den USA Diskriminierungen aufgrund bspw. der Hautfarbe auch in Umweltaspekten augenscheinlicher sind.

Aufgrund der Globalisierung sind Umwelteinflüsse auch international nicht gleich verteilt. Es lässt sich feststellen, dass belastende Umweltfaktoren an Industrie-/Gewerbe- und Entsorgungsstandorten gehäuft auftreten. Besonders aufgrund der kapitalistisch geprägten und imperialen Lebensweise der Staaten der nördlichen Hemisphäre, sieht sich die Globalbevölkerung heute verschiedenartigen Veränderungen im Ökosystem Erde gegenübergestellt. Dabei sind insbesondere die Staaten der südlichen Hemisphäre risikobehaftet, die Folgen des Klimawandels in Form von Umweltkatastrophen zu erfahren (vgl. Aleksandrova et al. 2021: 46f). Aufgrund der häufig geringeren Wirtschaftskraft dieser Staaten ist die Bevölkerung vor Ort tendenziell weniger dazu in der Lage, den Auswirkungen der Klimakrise entgegenzuwirken bzw. Wiederaufbau nach Katastrophenereignissen zu leisten (vgl. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe 2020: 2). Auch heute noch verursachen China, die USA und die EU die meisten CO₂-Emissionen weltweit (vgl. Crippa et al. 2021: 9).

Es lässt sich also eine deutliche Diskrepanz zwischen den Verursachenden des Klimawandels und den Bevölkerungsgruppen ausmachen, welche am stärksten unter den Auswirkungen leiden (werden).

Zu dieser Erkenntnis kam bereits die UN im Jahr 1992 und beschloss Folgendes:

»Die Staaten sollten tatkräftig zusammenarbeiten, um die Verlegung und den Transfer in andere Länder von Tätigkeiten und Stoffen, die zu einer starken Beeinträchtigung der Umwelt führen oder sich für die Gesundheit des Menschen als schädlich erweisen, zu erschweren oder zu verhindern.« (Vereinte Nationen 1992: 3)

In diesem Zusammenhang soll auch der Begriff »Umweltrassismus« thematisiert werden. Umweltrassismus, oder environmental racism,

beschreibt die Verteilung von Umweltbelastungen innerhalb einer Gesellschaft zu Lasten von Minderheiten (vgl. Boyle 2006).

Der Bürger*innenrechtler Dr. Benjamin Franklin Chavis Jr. ist einer der Begründer der Environmental Justice Bewegung und definiert Umweltrassismus als: »racial discrimination in the official sanctioning of the life-threatening presence of poisons and pollutants in communities of colour. And it is racial discrimination in the history of excluding people of colour from the mainstream of environmental groups, decision making boards, and regulatory bodies.« (Chavis 1993: 3) Umweltrassismus bezieht sich demnach auf jede Umweltpolitik, -praxis oder -richtlinie, die Einzelpersonen, Gruppen oder Gemeinschaften aufgrund zugeschriebener Merkmale -willentlich oder unwillentlich- unterschiedlich beeinflusst oder benachteiligt (vgl. Bullard 2004: 31). Bullard beschreibt weiterhin, dass Umweltrassismus durch staatliche, rechtliche, wirtschaftliche, politische und militärische Institutionen verstärkt wird, um den Ländern des Nordens Vorteile zu verschaffen (vgl. ebd.). In Bezug auf den Klimawandel kann unter dem Begriff »Klimarassismus« eine Spezifizierung des Begriffs Umweltrassismus verstanden werden (vgl. Warda 2020). Klimarassismus kann beschrieben werden als »eine Form der gesellschaftlichen Verteilung von Belastungen durch den Klimawandel oder durch Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, die hauptsächlich die Lebensräume von Minderheiten trifft« (Liedholz 2021: 52). Die ungerechte Verteilung von Risiken trifft sowohl beim Umweltrassismus als auch beim Klimarassismus zu, wobei diejenigen, die am meisten für den Klimawandel verantwortlich sind, am wenigsten darunter leiden (vgl. ebd.).

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Klimapolitik und ihre Maßnahmen maßgeblich von kolonialen Kontinuitäten und Hierarchien geprägt sind. Dies verdeutlicht, dass Rassismus und Klimawandel seit ihren Anfängen miteinander verwoben sind (vgl. Abimbola et al. 2021: 27f). Dieses lässt sich weiterhin darin erkennen, dass die internationale Klima-Governance nach wie vor von Ländern des Globalen Nordens gesteuert wird. Es wird kritisiert, dass Black, Indigenous and People of Color (BIPOC) Einschränkungen bei der Annahme von Führungspositionen, insbesondere auf der internationalen Bühne, ausgesetzt sind. Die

Darstellung von BIPOC als »Opfer des Klimawandels«, oder als »Nutznießer*innen von Projekten« negiert auch ihre Rolle als leitende Personen, Wissensträger*innen und Innovator*innen. Weiterhin beschreibt die Studie, dass die Länder des Globalen Nordens weder aktiv das 1,5-Ziel verfolgen noch ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber »Entwicklungsländern« nachkommen, um die dort notwendigen Anpassungen an den Klimawandel zu unterstützen. Dazu zählen beispielsweise die Senkung der Treibhausgasemissionen und finanzielle Unterstützungen für Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung von Klima-Informationssystemen, Küstenzonen- und Katastrophenrisikomanagement sowie Gesundheit, Natur- und Artenschutz. Abimbola et al. plädieren für eine individuelle und institutionelle Anerkennung der Geschichte und die kontinuierliche Thematisierung kolonialer Tendenzen in der Klimapolitik und im Klimawandel (vgl. ebd.).

5 Plädoyer für eine ökologisch- reflexive Soziale Arbeit

Um die zuvor skizzierten Herausforderungen in Bezug auf Umweltgerechtigkeit und die Notwendigkeit sozialarbeiterischer Aktion umzusetzen, bedarf es neuer Theorien und Methoden, auf die sich Praktiker*innen stützen können und die zum Leitfaden professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit im Kontext der Klimakrise werden können.

Es lassen sich bislang vereinzelte Herangehensweisen zur Implementierung ökologischer Fragestellungen in die Soziale Arbeit feststellen (s. hierzu u.a. Dominelli 2013; Pfaff/Schramkowski/Lutz 2022; Schmelz 2021; Schmidt 2021), jedoch steht die Entwicklung einer ökologisch-reflexiven Sozialen Arbeit mit Fokus auf (grüne) nachhaltige Disziplinentwicklung im deutschsprachigen Raum noch am Anfang.

Im Sinne einer ökologisch-reflexiven Sozialen Arbeit nach Frieters-Reermann, Hieronymus und Michel (2022) sind drei Ebenen bzw. Dimensionen zu betrachten, die in Wechselwirkung miteinander stehen. Diese Dimensionen können und sollten in sozialarbeitsrelevanten Analysen und Interventionen bedacht werden, um dem Anspruch einer ökologisch-reflexiven Sozialen Arbeit zu genügen.

Auf der *individuellen Ebene* sind Aspekte im Bereich mentaler, physischer und psychischer Gesundheit im Zusammenhang mit einer zunehmenden Biodiversitäts- und Klimakrise zu verorten. Dabei stehen das individuelle Wohlergehen und die Gesundheit im Fokus der Analyse im Bereich der psychosozialen Dimension. Sozialarbeiterische Intervention muss Aspekte des Wohlergehens und der Gesundheit adressieren und sich mit Blick auf sich wandelnde ökologische Rahmenbedingungen neu ausrichten. Beispielhaft könnte für Praktiker*innen der Sozialen Arbeit die (Selbst-)Erfahrung genannt werden, wie sich die Erfahrung intakter Ökosysteme und das Vorhandensein einer hohen Biodiversität auf die (eigene) Zufriedenheit auswirken (vgl. Frieters-Reermann/Hieronymus/Michel 2022: 319f).

Die *strukturelle Ebene* hingegen fokussiert den Zusammenhang aus rechtlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, welche Einfluss auf den Erhalt des Ökosystems oder das Fortschreiten der Klimakrise haben. Diese politische Dimension ökologisch-reflexiver Sozialer Arbeit kann in der Praxis Sozialer Arbeit bspw. durch eine Abkehr von der klassischen Methoden-Trias (Einzelfallhilfe, Soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit) zugunsten einer Erweiterung im Bereich (ökologischer) Kampagnen-, Advocacy- und Lobbyarbeit gestärkt werden (vgl. ebd.).

Im Kontext der *diskursiv-kulturellen Ebene* ökologisch-kritischer Sozialer Arbeit werden kollektiv verankerte, kulturelle Aspekte hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Ökosystem reflektiert. Zudem ist die in der Sozialen Arbeit vorherrschende eurozentrische Perspektive in Bezug auf professionseigene Methoden und Theorien kritisch zu hinterfragen und mithilfe von Ansätzen aus Ländern des Globalen Südens zu bereichern. Diese pädagogische Dimension kann zudem auf Bildungsansätze und Wissensbestände benachbarter Professionen und Disziplinen zurückgreifen und beispielsweise Methoden aus der Umweltpädagogik oder Wissen aus der ökologischen Bildung zu Rate ziehen (vgl. ebd.).

Es zeigt sich, dass eine Weiterentwicklung sozialarbeiterischer Methoden und Theorien im Kontext des Klimawandels unerlässlich ist. Unter Rückgriff auf das Selbstverständnis Sozialer Arbeit sowie den (selbst gesetzten) Auftrag, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen,

muss sich die Soziale Arbeit unter den neu entstehenden bzw. sich weiter verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise neu positionieren und ihr Handeln dementsprechend anpassen. Vereinzelte Ansätze und sich in der Entwicklung befindende Ideen, die ökologische Fragestellungen in den Fokus Sozialer Arbeit rücken, bedürfen größerer Reichweite sowie Weiterentwicklung. Neben theoretischen Überlegungen sollte sich auch die Ausbildung künftiger Sozialarbeiter*innen dem Thema mithilfe bestimmter Vertiefungsspuren oder spezialisierender Studiengänge weitergehend widmen.

Die Klimakrise ist eine Herausforderung, welcher wir uns als Profession und Disziplin Sozialer Arbeit stellen müssen. Es bedarf dringend einer tiefgreifenden Auseinandersetzung und Etablierung der Thematik in Ausbildung und professionellem Handeln. Noch ist die Soziale Arbeit in der Lage, überlegt zu agieren und präventiv Konzepte zu erstellen. Die Zeit ist jedoch begrenzt, in welcher wir agieren können, anstatt nur noch reagieren zu müssen.

Literatur

- Abimbola, Olumide/Aikins, Joshua Kwesi/Makhesi-Wilkinson, Tselane/Roberts, Erin (2021): Racism and Climate (In)Justice. How Racism and Colonialism shape the Climate Crisis and Climate Action (online unter <https://us.boell.org/sites/default/files/2021-03/FINAL%20-%20Racism%20and%20Climate%20%28In%29Justice%20Framing%20Paper.pdf>), (Abfrage 29.11.2023).
- Aleksandrova, Mariya/Balasko, Sascha/Kaltenborn, Markus/Malerba, Daniele/Mucke, Peter/Neuschäfer, Oliver/Radtke, Katrin/Prütz, Ruben/Strupat, Christoph/Weller, Daniel/Wiebe, Nicola (2021): Weltrisikobericht 2021. Bochum. Bündnis Entwicklung Hilft.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (2020): »How dare you? Die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für die Umsetzung ökologischer Kinderrechte. Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe«. <https://www.ag>

- j.de/fileadmin/files/positionen/2020/How_dare_you.pdf. (Abfrage 29.11.2023).
- Björk, Jonas/Albin, Maria/Grahn, Patrik/Jacobsson, Helene/Ardö, Jonas/Wadbro, John/Ostergren, Per-Olof/Albin, Maria/Ardö, Jonas/Ostergren, Per-Olof (2008): Recreational values of the natural environment in relation to neighbourhood satisfaction, physical activity, obesity and wellbeing, in: Journal of epidemiology and community health 62(4), e2. Lund. BMJ.
- Bolte, Gabriele/Bunge, Christiane/Hornberg, Claudia/Köckler, Heike/Mielck, Andreas (2012): »Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Eine Einführung in die Thematik und Zielsetzung dieses Buches«, in: Bolte, Gabriele/Bunge, Christiane/Hornberg, Claudia/Köckler, Heike/Mielck, Andreas (Hg.): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. 1. Aufl., Bern: Hans Huber. S. 15–38.
- Boyle, James (2006): Eine Politik des geistigen Eigentums: Umweltschutz für das Internet? In: Bundeszentrale für politische Bildung (online unter <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/wissen-und-eigentum/73304/politik-des-geistigen-eigentums>, Abfrage 29.11.2023).
- Brenner, M. Harvey (2010): Social inequities in working environment and work-related health risks, in: World Health Organization (Hg.): Environment and health risks. A review of the influence and effects of social inequalities. Copenhagen. S. 105–126.
- Bullard, Robert (2004): Environment and Morality. Confronting Environmental Racism in the United States. Genf. United Nations Research Institute for Social Development.
- Chavis, Benjamin (1993): Foreword. In: Bullard, Robert (Hg.): Confronting environmental racism. Voices from the grassroots. 1st ed, Boston. South End Press.
- Crippa, Monica/Guizzardi, Diego Solazzo, Efisio/Muntean, Marilena/Schaaf, Edwin/Monforti-Ferrario, Fabio/Banja, Manjola/Olivier, JosG.J./Grassi, Giacomo/Rossi, Simone/Vignati, Elisabetta (2021):

- GHG emissions of all world countries. 2021 Report. Booklet. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Deguen, Séverine/Zmirou-Navier, Denis (2010): Social inequalities in health risk related to ambient air quality, in: World Health Organization (Hg.): Environment and health risks. a review of the influence and effects of social inequalities. Copenhagen. WHO Regional Office for Europe. S. 5–32.
- DGSA Fachgruppe Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit (2023): »Solidaritätserklärung »Letzte Generation« https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Fachgruppen/Sozial-oekologische_Transformationen_und_Klimagerechtigkeit_in_der_Sozialen_Arbeit/SolidaritaetserklaerungUnterzeichnerinnen.pdf (Abfrage 29.11.2023).
- Dominelli, Lena (2013): Green social work. From environmental crises to environmental justice. Cambridge: Malden.
- Fairburn, Jon/Braubach, Matthias (2010): »Social inequalities in environmental risks associated with housing and residential location«, in: World Health Organization (Hg.): Environment and health risks. a review of the influence and effects of social inequalities. S. 33–75.
- Frieters-Reermann, Norbert/Hieronymus, Simone/Michel, Laura Maren (2022): »Umweltgerechtigkeit und Klimakrise. Annäherung an eine ökologisch-reflexive Soziale Arbeit«, in: Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.): Klimakrise, sozial-ökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. 1. Auflage, Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 314–326.
- Frohn, Hans-Werner/Birkenstein, Gudrun/Brennecke, Julia Solveig/Diemer, Sabine/Koch, Eva/Ziemek, Hans-Peter (2020): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. Bonn. Bundesamt für Naturschutz.
- Kirchhoff, Thomas (2019): »Natürlichkeit«. Bedeutungen und Bewertungen. In: Schell, Christiane/Engelhard, Margret/Frohn, Hans-Werner/Berger, Lars (Hg.): Neue Gentechniken und Naturschutz

- eine Verhältnisbestimmung. Bonn. Bundesamt für Naturschutz. S. 43–66.
- Maschewsky, Werner (2004a): Umweltgerechtigkeit. Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung. In: Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health (online unter <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2004/io4-301.pdf> (Abfrage 29.11.2023)).
- Maschewsky, Werner (2004b): Umweltgerechtigkeit. Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung, Berlin: WZB.
- Maschewsky, Werner (2008): Umweltgerechtigkeit als Thema für Public-Health-Ethik. In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz. 51(2). Berlin. Springer. S. 200–210.
- Ottova, Veronika/Wille, Nora/Erhart, Michael/Ravens-Sieberer, Ulrike/Winkler, Ute/Abel, Martina/Kurth, Bärbel-Maria (2010): Germany: injury and physical activity in association with well-being in children and adolescents. In: World Health Organization (Hg.): Environment and health risks. a review of the influence and effects of social inequalities. S. 207. Copenhagen: WHO Regional Office for Europe.
- Pfaff, Tino/Schramkowski, Barbara/Lutz, Ronald (Hg.) (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. 1. Auflage, Weinheim, Basel: Beltz; Beltz Juventa.
- Schmelz, Andrea (2021): »Green Social Work für eine post-pandemische Welt. Klimakrise, Covid-19 und das Anthropozän«, in: Lutz, Ronald/Steinhausen, Jan/Kniffki, Johannes (Hg.): Corona, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Neue Perspektiven und Pfade. 1. Auflage, Weinheim, Basel: Beltz Juventa. S. 220–233.
- Schmidt, Marcel (2021): Eine theoretische Orientierung für die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels. Von der ökosozialen zur sozialökologischen Transformation. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- United Nations (1987): Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development.
- Vereinte Nationen. »Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung«. <https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> (Abfrage 29.11.2023).

- Voigt, Rebecca (2012): Umweltgerechtigkeit als Aufgabe der Sozialen Arbeit. Saarbrücken. AV Akademikerverlag.
- Warda, Johanna. »Ist der Klimawandel rassistisch?«. <https://www.fluter.de/klimawandel-ist-ungerecht-verteilt> (Abfrage 29.11.2023).
- World Health Organization (Hg.) (2010): Environment and health risks. a review of the influence and effects of social inequalities. Copenhagen. WHO Regional Office for Europe.
- World Health Organization (2021) »Fifth Ministerial Conference on Environment and Health«. <https://www.euro.who.int/en/media-centre/events/events/2010/03/fifth-ministerial-conference-on-environment-and-health> (Abfrage 08.06.2021).

